Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

112 (15.5.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-454053

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 24.25 Mark, dazu 2.75 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 25.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 81.00 Mark, monatlich 27.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 1.20 M.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 120 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 2.00 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 7.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Montag, 15. Mai 1922 * Nr. 112

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Der Fälscher Anspach.

Spionage hat in der auswärtigen Politik stets eine gewisse Rolle gespielt. Ihr Einfluß wächst mit den militärischen Zielen eines Staates. So lange man mit kriegerischen Zusammenstößen rechnet, hat man auch ein Interesse daran, möglich erschöpfend über das militärische Rüstzeug und die geheimen Pläne des voraussichtlichen Gegners informiert zu sein. Diese Informationen zu besorgen ist Sache der Spione, die nie sehr geachtet, aber immer sehr gesucht waren. Alle Staaten Europas arbeiteten vor dem Kriege mit einem ausgedehnten Spionagenetz. Je gespannter die Lage wurde, um so emsiger war die Arbeit der Spione. Es ist noch in Erinnerung, wie in den letzten Jahren vor dem Kriege eine Reihe von sensationellen Spionageprozessen das geheimnisvolle Dunkel, in dem dieses System allseits gehalten wurde, blitzartig beleuchtete.

Der Friede von Versailles brachte eine grundlegende Neuerung in die Spionage-Institution. Deutschland mußte abrüsten. Die Abrüstung wurde von militärischen Kontrollkommissionen der Entente überwacht. Das bedeutete eine Legalisierung der Spionage. Es wäre unklug, aus einem falsch verstandenen Ehrgefühl heraus dagegen Sturm zu laufen. In der Legalisierung der Spionage liegt ein durchaus gesundes Prinzip. Ein Staat, dem es ernst um seinen Frieden ist, braucht seine notwendigen militärischen Schutzmaßnahmen nicht zu verbergen. Er kann nur wünschen, daß sich seine Nachbarn von seinen friedlichen Absichten überzeugen. Ungerecht ist es nur, wenn die Pflicht, auswärtigen Staaten einen fortlaufenden offenen Einblick in die militärischen Maßnahmen zu gewähren, einseitig einem Staat auferlegt wird. Dieser Zustand ist auf die Dauer eine Verletzung des Völkerrechts. Kein Staat, dem an einer friedfertigen Entwicklung auf dem Fuß der Gleichberechtigung gelegen ist, kann ihn anstreben. Im Interesse aller Staaten hingegen würde es liegen, das System der Kontrollkommissionen in dem Völkerbund-Statut zu verankern. Eine Völkerbundkommission beschäftigt sich augenblicklich mit der Abrüstungsfrage. Geht Europa wirklich zu der Abrüstung über und ist es den einzelnen Staaten ernst mit der Abrüstung, so liegt einerseits kein Grund vor, den jeweiligen Stand der Abrüstung zu verschleiern, und andererseits würde die gegenseitige Kontrolle viel von dem Mißtrauen nehmen, mit dem einzelne Staaten wahrscheinlich ihre gegenseitigen Abrüstungsmaßnahmen beobachten würden.

Aber auch die einseitige Kontrolle hat für uns in Deutschland immer noch auch etwas Gutes mit sich gebracht. Es wäre zweifelhaft, ob das Mißtrauen, das auf Ententeseite hegsichtlich unseres Abrüstungswillens bei Friedensabschluß einstimmig herrschte, mit einer Ausnahme auf allen Seiten so gründlich verflogen wäre, wenn wir diese Gäste nicht in unserer Mitte gehabt hätten. Auf unsere Versicherung hätte man nichts gegeben, dem Urteil dieses Gremiums mußte man glauben. Wir haben über unsere absolute Abrüstung viel schmeichelhafte Worte gehört, aber diese Worte standen in einem seltsamen Kontrast zu manchen Noten, die außerordentlich brüsk das Gegenteil von dem konstatierten, das die verantwortlichen Staatsmänner noch soeben von der Kanzel ihrer öffentlichen Volksvertretung feierlich verkündet hatten. Sie durchkreuzten immer wieder jene Dispositionen, die nun einmal notwendig sind, um Ordnung im Lande zu halten und Ordnung innerhalb der die Ordnung verbürgenden Körperschaften. Zum Teil handelte es sich um Forderungen, die uns ganz unverständlich und fast grotesk erschienen. Zum Teil griffen sie auf das empfindlichste in unser Wirtschaftsleben ein, ohne irgendeinen militärischen Zweck zu erreichen. Vergebens suchte man nach dem Ziel einer derartigen Handlungsweise, die Wunden immer wieder aufriß, welche bereits ihrer Vernarbung entgegensahen.

Frankreich nahm in dieser Frage von vornherein eine eigene Stellung ein. Ein besonders stark ausgeprägtes Mißtrauen von dieser Seite, die den Schrecken eines vierjährigen modernen Krieges am heftigsten über sich ergehen lassen mußte, war verständlich. Aber eine Rede, wie sie der ehemalige Ministerpräsident Briand, der als einer der maßvolleren Staatslenker nicht nur in seinem Lande gilt, in Washington hielt, die Ausführungen des Poincaré, Lefèvre und Tardieur in der französischen Kammer, die gleichsam das Salutschießen für Genua bedeuteten und die von derart unsinnigen Beschuldigungen gegen Deutschland wimmelten, daß man bei uns nicht recht wußte, ob man es mit einem unbegreiflichen Massenwahn, oder mit einer unverantwortlichen Böswilligkeit zu tun hatte, das alles waren Symptome, denen gegenüber wir wie vor einem Rätsel standen.

Nun stellt sich heraus, daß diese Angriffe französischer Politiker, daß ein großer Teil der schikanösen Forderungen des Obersten Rates ihre Ursache in den gefälschten Dokumenten eines jungen Menschen hatten, dem es zur Befriedigung seiner größenwahnsinnigen Instinkte diente, politische Verwirrung anzustiften. Nun gut, nehmen wir einmal an, daß dieser junge Mann mit Namen Anspach in seiner Art ein Genie ist. Aber klingt es nicht wie die abenteuerliche Geschichte eines Münchhausen, wenn man behauptet, daß der 20jährige Anspach halb Frankreich rasend gemacht hat, daß er es war, der zu der Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich den ersten äußeren Anstoß gab, daß er es war, der die Entente gegenüber Deutschland in eine verrückte Politik trieb, daß er seinen Teil zu der Abkühlung in dem Verhältnis zwischen Frankreich und England beitrug? Wenn wir seine gefälschten Dokumente, so weit sie der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind, übersehen, dann scheint es uns, daß jedem halbwegs politisch Vorgebildeten sofort Zweifel an ihrer Echtheit aufkommen mußten. Die Herren, denen Anspach seine Dokumente in die Hand drückte, weilten lange genug in Deutschland, um nicht einen tieferen Einblick in unsere Verhältnisse gewonnen zu haben. Wie konnten sie die Schwindeleien eines Jünglings guten Glaubens hinnehmen, wie konnte man sich ihnen an den übergeordneten amtlichen Stellen bedienen, ohne sich ihrer Kompetenz zu versichern, wie konnten sie die verantwortlichen Leiter eines Staates zum Ausgang weittragender Aktionen machen, ohne Rücksprache mit denen zu suchen, die eine Aufklärung hätten geben können?

Wir blicken hier in ein sehr dunkles Kapitel unserer alles weniger als erfreulichen Zeit. Mit einem gewissen Stolz können wir sagen, daß es unserer vollkommen in sich gefestigten Friedensliebe und einer Politik, die mit äußerster Zurückhaltung alle nationalistischen Händelsucher von sich abweist, zu verdanken ist, wenn keine schwereren Erschütterungen aus derartigen Situationen entstanden sind.

•

Nach einer heutigen Wolffmeldung hat die Entlarvung Anspachs von Breslau aus ihren Fortgang genommen. Dort sind auch einige Personen verhaftet worden, die mit Anspach gemeinsam Dokumentenfälscher Erich Anspach ist bereits der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Die Ermittelungen der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums sind aber noch nicht abgeschlossen. Es hat sich noch eine Reihe von Zeugen gemeldet, die bekunden, daß Anspach ihnen von seinen Fälschungen erzählt habe. Seine Angaben klangen ihnen aber so ungeheuerlich, daß sie ihm nicht glaubten, sondern ihn für einen Schwätzer und Prahlhans hielten. Zuletzt sprach er noch davon, daß er jetzt auch an Dokumenten für Genua arbeite. Diese sollten beweisen, daß Deutschland durchaus zahlungsfähig sei.

Anspach ist ein Mann von 24 Jahren, mittelgroß, mit vollem, glattrasiertem Gesicht.

Meldungen vom Montag.

Die letzten Besprechungen in Genua haben das Resultat gezeitigt, daß ein Vorschlag Lloyd Georges vor der Beschlußfassung steht, der die russische Frage an einem späteren Zeitpunkt klären will. Und zwar sollen am 15. Juni die Vertreter der Mächte nach dem Haag kommen, um dort gemeinsam mit den Sachverständigen die Dinge zu regeln. Rußland soll bis dahin keine weiteren Verträge mit Einzelstaaten abschließen und von jeder Propaganda absehen. Deutschland wird nach dem Haag nicht eingeladen werden. Wie Rußland sich zu der Angelegenheit stellen wird, ist noch unbekannt. Wie Wolff weiter mitteilt, dürfte morgen die 3. Vollsitzung der Konferenz stattfinden und diese dann bald zu Ende gehen. Alle Teilnehmer der Konferenz sind der Meinung, daß das russische Problem ohne Amerikas Mitwirkung nicht gelöst werden könne. Diese Ansicht wurde Amerika offiziell übermittelt.

Noch ein politischer Schwindler.

In Berlin wurde gestern der 21jährige Bote Willi Beyholz verhaftet, der seit längerer Zeit in politischen Schwindeleien machte. Er erfand angebliche kommunistische Geheimberichte und verkaufte diese an Berliner Rechtsparteien und an die Rechtspresse. Er hatte einen „ersteuropäischen Bewaffnungsanschutz" erfunden, mit dem er bei den Gegnern der Kommunisten hausieren ging. — Auch ein Zeichen der Zeit!

Der Ruhrstreik beendet.

Wie aus Essen gemeldet wird, ist der Ausstand der Bergarbeiter im Dortmunder Revier beendet. Die Belegschaften der vom Streik betroffenen Zechen sind zur Sonnabend-Frühschicht sämtlich vollzählig zur Arbeit erschienen. Auf einer Zeche konnten die Belegschaften wegen Reparaturen des Schachtes noch nicht anfahren.

Räuberbanden in Oberschlesien.

Wolff meldet aus Antonienhütte: In der vergangenen Nacht hauste die noch immer nicht unschädlich gemachte Räuberbande in Neudorf. Eine große Anzahl Geschäfte wurde geplündert. Die Inhaber der Geschäfte wurden außerdem ihrer Barschaften beraubt. Die Gemeindewache hatte zwar dreimal die Banditen zurückgeschlagen, mußte sich aber zurückziehen, als die Zahl der Verbrecher immer größer und ihre Bewaffnung immer besser wurde. Neben einer großen Anzahl Handgranaten führt die Bande auch zwei Maschinengewehre mit sich. Auf seiten der Gemeindewache sollen sieben Verwundete gezählt worden sein. Ein Angriff auf Bielschowitz wurde von der dortigen Gemeindewache zurückgeschlagen. Die Wache hat sich darauf in den Wald bei Halemba zurückgezogen. Nach Schätzung der an dem Abwehrkampf gegen die Banditen beteiligt gewesenen Personen soll die Bande gegenwärtig etwa 200 Mann stark sein. Sie soll außer mit Gewehren, dazu gehöriger Munition und Handgranaten, auch mit Maschinengewehren reichlich ausgerüstet sein.

Laut der „Ostdeutschen Morgenpost" haben die Kaufleute von Antonienhütte in einer Versammlung beschlossen, dem von einer Räuberbande an die Kaufmannschaft gestellten Ultimatum stattzugeben. Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß jeder Kaufmann 800 bis 1000 Mark opfern solle, um Ruhe vor der Bande zu haben. Es wird die Gesamtsumme auf 35 000 Mk. gerechnet.

Nach einer neueren Nachricht ist über Antonienhütte durch den französischen Besatzungskommandanten der Belagerungszustand verhängt worden.

Volksbegehren in Sachsen.

Aus Dresden wird gemeldet: Das Gesamtministerium hat beschlossen: Das Volksbegehren wird auf Grund der §§ 1 und 2 des Gesetzes über den Volksbegehr und Volksentscheid vom 8. März 1921 zugelassen. Die Frist für die Stimmabgabe für den Volksbegehr beginnt am 6. Juni und endet am 19. Juni.

Der Zweck des Volksbegehrens, den Deutschnationale, Volksparteiler und Kommunisten unterstützen, ist Auflösung des Landtages, Neuwahlen und Sturz der jetzigen sozialdemokratischen Regierung. Hoffentlich läßt die Volksabstimmung keinen Zweifel darüber, daß die Bevölkerung Sachsens nach wie vor in ihrer Mehrheit zur Sozialdemokratie steht.

Eine Stadtverwaltung verurteilt.

Der Bürgermeister der holsteinischen Stadt Marne, sowie der Ratmann der Stadt wurden zu je 12 250 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie Notgeld ohne die landespolizeiliche Erlaubnis herausgegeben hatten.

Wie erinnerlich, schwebt auch gegen die Stadtverwaltung von Osnabrück eine ähnliche Klage.

Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Göttingen gemeldet: Der seltene Fall, daß gegen eine staatliche Regierung eine Anklage wegen Preistreiberei erhoben wird, hat sich in Göttingen zugetragen. Die Göttinger Staatsanwaltschaft hat auf eine Anzeige hin gegen die Mitglieder der Regierung in Hildesheim und den staatlichen Oberförster in Bad Lauterberg am Harz ein Verfahren wegen Preistreiberei bei einer Holznaktion eingeleitet. Die Anklage stützt sich auf das Ergebnis einer Holzauktion, die im November 1920 im Oberharz stattfand und bei der enorme, heute allerdings schon längst überholte Preise für Nutzholz erzielt wurden.

Todesurteile gegen russische Geistliche

Wolff berichtet aus Rußland: Nach fast zweiwöchiger Verhandlung und vierzehnstündiger Beratung wurde vom Revolutionstribunal in dem Prozeß gegen die Popen und Zivilpersonen, die wegen Widerstandes gegen das Dekret über die Entnahme von Kirchengut angeklagt waren, das Urteil gefällt. Es lautet: Elf Angeklagte, meist Popen, werden erschossen, sechs Popen erhalten je fünf Jahre Gefängnis, die übrigen Angeklagten geringere Gefängnisstrafen oder sie wurden freigesprochen.

Verkehrsfragen im Reichstag.

Der Reichstag beriet am Sonnabend den Haushalt der Wasserstraßenverwaltung. Dazu forderte Abg. Schumann (S.) die Sozialisierung der Transportmittel, die zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden müßten. Bei Uebergang der Eisenbahn und Wasserstraßen auf das Reich ist leider nicht ganze Arbeit gemacht worden. Die Verkehrshäfen gehören weiter den Ländern und für Duisburg-Ruhrort droht sogar der Uebergang in Privathand. Einheitliche Verwaltung ist Voraussetzung für eine rationelle Ausnutzung der Wasserstraßen, dazu brauchen wir ein einheitliches Wasserstraßenrecht. Der Schleppmonopolbetrieb auf den rheinischen Kanälen muß weniger bureaukratisch gestaltet werden. Der Betrieb muß unter einheitliche Leitung des Schleppamts kommen.

Reichsverkehrsminister Groener: Unsererseits wird alles geschehen, um die gesetzlichen Grundlagen für eine einheitliche Verwaltung zu schaffen. Ich bedauere es auch, daß nicht schon bei Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich ganze Arbeit geleistet worden ist. Wir müssen manches nachholen, um die Wasserstraßen technisch einheitlich zu gestalten. In erster Linie wollen wir den Mittellandkanal fördern, und ich hoffe, daß in Bälde eine finanzielle Verständigung mit den Ländern erfolgt. — Das Haus vertagt sich schließlich auf Montag.

Die Stadt München hat den Reichstag zur dortigen Gewerbeschau und den Oberammergauer Passionsspielen eingeladen.

Vom Völkerbund.

Wolff meldet aus Genf: Der Völkerbundrat hat in öffentlicher Sitzung die in Artikel 35 der Satzungen des internationalen ständigen Gerichtshofes vorgesehene Bestimmung über die Bedingungen, unter denen Nichtmitglieder des Völkerbundes den internationalen Gerichtshof zu Anspruch nehmen können, angenommen. Danach muß der betreffende Staat zunächst die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes anerkennen und sich verpflichten, keinen Krieg gegen den Staat zu führen, der das Urteil des Gerichtshofes ausführt. In einer geheimen Sitzung, an der der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der aus Genua nach hier gekommen war, teilnahm, wurde auf Verlangen der französischen Regierung beschlossen, ein Gutachten des internationalen Gerichtshofes über die Zuständigkeit der internationalen Arbeitsorganisation für internationale Regelung der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft einzuholen. Auf einstimmigen Antrag der internationalen Arbeitsorganisation wird der Rat jedenfalls das Gutachten über den bekannten Zwischenfall bei der Ernennung des holländischen Arbeitervertreters auf der dritten internationalen Arbeitskonferenz vom Gerichtshofe einfordern.

Landesbibliothek Oldenburg

Kings um Radek.

Der Staatskommissar Weismann hatte im Hauptausschuß des Preußischen Landtages behauptet, der Kommandierende General in Düsseldorf habe Karl Radek verboten, in einer öffentlichen Arbeiterversammlung zu reden. Im Anschluß daran behauptet die kommunistische Presse, das sei eine Lüge. Das Verbot sei von Weismann ausgesprochen worden. Demgegenüber stellen wir fest, daß das Redeverbot vom preußischen Minister des Innern ausging und daß auch der französische General in Düsseldorf erklärte, Radek nicht öffentlich reden zu lassen. Er äußerte aber den Wunsch, Radek gern persönlich kennen zu lernen und ihn reden zu hören. Aus diesem Grunde hätte er gerne gesehen, wenn Karl Radek inkognito nach Düsseldorf gekommen oder dort unter falschem Namen geredet, vielleicht auch unter vier Augen dem französischen General einen Besuch abgestattet hätte. Die Kommunisten waren natürlich beglückt und hätten freudestrahlend ihren Karl Radek ins französische Hauptquartier nach Düsseldorf geschickt, sonst könnten sie jetzt nicht so wütend darüber sein, daß die preußische Regierung ihnen diesen Spaß verdorben hat.

Eröffnung der Deutschen Gewerbeschau.

Aus München wird berichtet: Die Deutsche Gewerbeschau ist Sonnabend mittag in den Ausstellungshallen auf der Theresienhöhe in Anwesenheit einer großen Zahl von Ehrengästen eröffnet worden. Als Vertreter der Reichsregierung war Reichsminister des Innern Dr. Köster erschienen. Er übermittelte die Grüße und Wünsche der Reichsregierung, die hoffe, daß aus dieser Gewerbeschau für München, für Bayern und für Deutschland erblühen möge, was die weitsichtigen Veranstalter mit ihr beabsichtigen. Die Besinnung auf das wirkliche deutsche gewerbliche Können sei ihnen mit Recht zunächst die Besinnung auf das Heimatliche, Volkliche und auf das unbewußt Gewachsene gewesen. Sie haben aber gleichzeitig verstanden, die künstlerischen Ideen der Zeit, ja des Tages kräftig zu bejahen. Deutschland wird nicht gefunden, ohne Gesundung seiner Stämme. Ohne Heimatbewußtsein kein Nationalbewußtsein, aber kein Nationalbewußtsein ohne Staatsbewußtsein. Der Minister schloß: Die Deutsche Gewerbeschau, und was sie zeigt, ist gewachsen aus dem Können der Väter, sie ist durch die deutsche Künstlerschaft entfaltet zu einem lebendigen Können dieser Zeit und Gegenwart. Darauf überbrachte der erste Bürgermeister der Stadt München Schmid den Gästen von nah und fern einen herzlichen Willkomm namens des Münchner Stadtrates. Nach einem Chor aus den „Meistersingern", vom Lehrergesangverein prächtig wiedergegeben, erfolgte ein Rundgang durch die Ausstellung.

Vom deutschen Städtetag.

Der Vorstand des deutschen Städtetages ist in Aachen zusammengetreten. Er befaßte sich in seiner Freitag-Sitzung mit dem Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß sowohl Arbeitsgerichte als auch Schlichtungsstellen den ordentlichen Gerichten angegliedert werden müßten. Durch diese Angliederung werde nicht nur die grundsätzlich anzustrebende schärfere Trennung von Justiz und Verwaltung erreicht, sondern zugleich dem sozialen Frieden gedient dadurch, daß den Justizbehörden in stärkerem Maße der Anschluß an das Wirtschaftsleben wieder ermöglicht wird. Ferner beschäftigte sich der Vorstand mit der neuesten Besoldungsregelung des Reiches. Der Personalausschuß soll die Gestaltung der Besoldung in ihrer jetzigen Form und ihrer sozialen und verwaltungspolitischen Wirkung eingehend prüfen, für die zukünftige Gestaltung Vorschläge ausarbeiten und sie der Reichsregierung übermitteln.

Für die Grundsteuer.

Zur allgemeinen preußischen Finanzverwaltung sprach sich im Hauptausschuß des Preußischen Landtages am Sonnabend der Zentrumsmann Riedl gegen die Notwendigkeit der Grundsteuer aus. Der Finanzminister von Richter sprach sich dafür aus, den Haushalt in der vorliegenden Form zu verabschieden. Berücksichtige man die voraussichtliche Entwicklung — 2,3 Milliarden Defizit —, so müsse man alle Etats neu durcharbeiten. Die Grundsteuer sei finanziell und politisch notwendig, weil die Länder verpflichtet seien, die ihnen verbliebenen Steuerquellen auszuschöpfen. Er wünsche, daß der Grundsteuer-Ausschuß seine Beratungen möglichst bald wieder aufnehme.

Aus der Metallarbeiter-Bewegung.

Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung zwischen Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes und der hessen-nauischen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums statt. Durch die in Frankfurt a. M. und Offenbach a. M. sowie in Darmstadt gefällten Schiedssprüche waren innerhalb des Frankfurter Tarifgebietes in bezug auf die Arbeitszeit Unstimmigkeiten aufgetreten, die durch die Verhandlungen beseitigt werden sollten. Leider führten sie zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber bestanden darauf, daß die 48stündige Arbeitswoche alsbald zur Einführung gelangen sollte. Die Arbeiter lehnten das ab und verlangten, daß der vom Reichsarbeitsministerium aus Anlaß des Metallarbeiterkonflikts in Süddeutschland in bezug auf die Arbeitszeit gemachte Vorschlag die Grundlage der Verhandlungen bilden könne.

Die süddeutsche Gruppe des Metallindustriellen-Verbandes hat beschlossen, am Mittwoch in der Metallindustrie des Frankfurter Bezirks und Mittelbadens die Aussperrung in Wirksamkeit treten zu lassen. Um eine weitere Ausdehnung des süddeutschen Kampfes und eine damit verbundene neue Schädigung des Wirtschaftslebens zu verhindern, empfahl der Vertreter des Reichsarbeitsministers, die Aussperrung nicht in Kraft treten zu lassen, sondern für den Frankfurter Bezirk die Arbeitszeit in Aussicht zu nehmen, die im süddeutschen Kampf unter den Parteien schließlich vereinbart werden wird.

Verbandstag des Bauarbeiterverbandes.

Altenburg, den 11. Mai.

KR. Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes nahm heute vormittag im Gewerkschaftshause zu Altenburg seine Arbeiten wieder auf. Der Vorsitzende Päplow erklärte bei Eröffnung der Sitzung, es werde heute im Laufe des Tages von den Leipziger Gewerkschaften geprüft, ob die Beendigung der Tagung im Leipziger Volkshause ohne weitere Störung möglich sei. Werde das festgestellt, so könne morgen in Leipzig weitergetagt werden, andernfalls werde man den Verbandstag in Altenburg zu Ende führen. Er erklärte unter lebhaftem Beifall weiter, die Beschwerdekommission werde zu prüfen haben, welche Abgeordneten als Mitorganisatoren des gestrigen Ueberfalls vom Verbandstage selbst aus dem Verbande auszuschließen seien. Eine Entschließung, die sich gegen die Diktaturgelüste der Kommunistischen Partei und die Sprengung des Verbandstages wendet, sei in Vorbereitung.

Der Verbandstag setzte dann die Beratung des Satzungsentwurfs bis nach Erstattung des Berichts der eingesetzten Statutenberatungskommission aus und wandte sich dem nächsten Punkt der Tagesordnung,

Lohnbewegung und Reichstarifvertrag,

zu. Das einleitende Referat erstattete Töpfer. Er würdigte eingehend die Verbesserungen und die Verschlechterungen, die der neue Vertrag den Bauarbeitern bringt. Als Verschlechterung kommt insbesondere der Wegfall der Bezahlung von Regenstunden und die Zulassung des Nachholens dieser Stunden in Frage, als Verbesserung dagegen die Gewährung von Ferien und die Regelung der Lehrlingslöhne durch den Tarifvertrag. Die Bestimmungen über die Akkordarbeit sind aus dem Vertrag herausgekommen. Der Redner empfahl die Annahme des neuen Vertrages.

Während der Mittagspause traf eine Abordnung des Leipziger Gewerkschaftskartells auf dem Verbandstage ein. Sie teilte mit, daß sich der Leipziger Gewerkschaftsausschuß für die Sicherheit der ungestörten Fortführung der Verhandlungen des Verbandstages im Leipziger Volkshaus verbürge und den Verbandstag bitten lasse, nach Leipzig zurückzukehren. Der gestrige Ueberfall sei erleichtert worden durch eine kommunistische Demonstration gegen den Leipziger Polizeidirektor, die für gestern nachmittag angesetzt war und an der sich auch viele dunkle Elemente beteiligt hätten. Der Verbandstag beschloß auf Grund dieser Erklärung, am Freitag wieder in Leipzig weiterzutagen.

Der Vorsitzende des Verbandstages nahm dann Stellung gegen eine telegraphische Pressemeldung, wonach der Verbandstag gestern den Beschluß gefaßt haben sollte, „die Kommunisten von der Tagung auszuschließen" und wonach dieser Beschluß die Veranlassung zu dem kommunistischen Ueberfall gewesen sei. Unter stürmischer Zustimmung des Verbandstages stellte er den tatsächlichen Sachverhalt fest, wie wir ihn in unserem Bericht bereits geschildert haben.

Die weitere Nachmittagssitzung wurde fast ganz von der Aussprache über den neuen Reichstarifvertrag ausgefüllt. Es zeigte sich bald, daß die Meinungen darüber, ob der Vertrag angenommen oder abgelehnt werden soll, sehr weit auseinandergehen. Die ersten beiden Redner, Brodthuhn-Kiel und Röber-Plauen, sprachen sich namens ihrer Bezirke für Ablehnung des Vertrages hzw. für die Anknüpfung neuer Verhandlungen aus. Sie nahmen insbesondere Anstoß daran, daß keine Regenstunden mehr bezahlt werden sollen und daß die Möglichkeit des Nacharbeitens der Regenstunden bis zu einer wöchentlichen Gesamtarbeitszeit von 48 Stunden vertraglich festgelegt werden soll. Beide Redner befürchten, daß dadurch der Achtstundentag gefährdet werde. In ähnlichem Sinne sprachen sich Schramm-Dresden, Scholz-Waldenburg und Meister-Wilhelmshaven namens ihrer Bezirke aus. Dagegen setzten sich Hof-Ulm namens der württembergischen und Vogt-Hannover namens der hannoverschen Bauarbeiter für die Annahme des Vertrages ein. Sie halten die Verbesserungen für wichtiger als die Verschlechterungen, die zum Teil nur scheinbarer Natur seien. Wagner-Altötting sprach sich für Ablehnung, Kupfer-Regensburg für Annahme des Vertrages aus, jedoch wurden auch von Kupfer eine Reihe neuer Vertragsbestimmungen scharf kritisiert. Das gleiche geschah von Heller-Mainz. Brill-Danzig geißelte scharf das reaktionäre und scharfmacherische Verhalten der Danziger Unternehmer, das es den Danziger Bauarbeitern trotz aller Hilfe durch den Verbandsvorstand unmöglich machte, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und den fortschreitenden Polonisierungsbestrebungen erfolgreich zu begegnen. Schlisio-Lyck erklärte, daß die ostpreußischen Abgeordneten mit Ausnahme der Königsbergers für Annahme des Vertrages seien, aber den Wunsch hätten, daß noch einmal verhandelt werde, um für die mit dem Lohn zurückgebliebenen Gebiete eine zentrale Lohnregelung und damit einen Lohnausgleich zu erreichen. Kirchner-Berlin und Krug-Mannheim sprachen gegen den Vertrag; Rötigen-Hamm und Dörries-Eisenach kritisierten den neuen Vertrag lebhaft und wünschten, daß der Versuch gemacht werde, Verbesserungen durchzusetzen. Nonn-Trier wandte sich u. a. gegen den Wunsch, die Akkordarbeit für den ganzen Verband zu verbieten und Zuwiderhandelnde auszuschließen. Die Akkordarbeit sei leider in einzelnen Gebieten zu einer Tatsache geworden, mit der zu rechnen sei. Für die pommerschen Abgeordneten erklärte Bahr-Köslin die Zustimmung zum Vertrag, da sie eine tariflose Zeit für die ländlichen Gebiete nicht verantworten könnten. Nachdem noch Wilhelm für das Saargebiet gesprochen hatte, wurde ein Schlußantrag angenommen.

Es lag ein Antrag vor, den neuen Vertrag als nicht zufriedenstellend abzulehnen, durch neue Verhandlungen eine günstigere Fassung einzelner Bestimmungen anzustreben und über das Ergebnis der neuen Beratungen eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern der einzelnen Verbandsbezirke, entscheiden zu lassen. Päplow wandte sich gegen diesen Antrag. Er halte den neuen Vertrag, alles in allem genommen, für den günstigsten, der vom Bauarbeiterverband jemals abgeschlossen worden sei. Wolle man den Vertrag trotzdem nicht annehmen, so sollte man den Unternehmern nicht nachlaufen, sondern zunächst ohne Vertrag arbeiten und es den Unternehmern überlassen, ob sie neue Verhandlungen wünschen oder nicht. Töpfer ging in seinem Schlußwort ausführlich auf die gegen den neuen Vertrag erhobenen Einwendungen ein und empfahl neuerdings die Annahme des Vertrages.

Die namentliche Abstimmung ergab: für Annahme des Vertrages 157, dagegen 178 Stimmen. Der Vertrag ist somit abgelehnt.

Der Antrag, erneut Verhandlungen anzuknüpfen, wurde zurückgezogen. Ein Antrag auf Abschluß „autonomer Wirtschaftsbezirkstarife" wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Mit dem Gesang einiger Lieder durch den Altenburger Arbeitergesangverein wurde die Sitzung um 9 Uhr abends geschlossen. Die Altenburger Arbeiterjugend begleitete die Abgeordneten des Verbandstages unter dem Gesang proletarischer Lieder nach dem Bahnhof. An diesem Abend bekamen die Abgeordneten einen guten Begriff von dem Unterschied zwischen kommunistischer und sozialistischer Kultur.

Politische Rundschau.

Lehrkursus in konsumgenossenschaftlichen Fragen. Ein Lehrkursus für Sekretäre der Konsumvereine hat am 9. Mai in Hamburg, im Hause der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine begonnen. Daran nehmen 34 Sekretäre aus dem ganzen Reiche teil, außerdem drei von der Reichsregierung zur Unterrichtung im Genossenschaftswesen nach Hamburg entsandte Herren, sowie ein weiterer juristisch und volkswirtschaftlich vorgebildeter Gasthörer. Die Lehrfächer erstrecken sich auf Genossenschaftskunde, Tarif-, Versicherungs-, Propaganda- und Kontrollwesen, ferner auf Betriebsführung und -statistik, Redetechnik und Bildungsfragen. Die Dauer dieses Kurses ist auf drei Wochen bemessen.

Nach dem Münchner Prozeß. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" nutzen den Prozeß über die Eisnerschen Dokumente gründlich für ihre Klassenhetze aus. Sie fordern Streichung der Pension der Witwe Eisners und die Verhaftung Fechenbachs, da dieser allein von Eisners Schuld gewußt habe in einem Augenblick, in dem die ganze Welt auf Deutschland wegen Eisnerk Publikation losgeschlagen habe. Die Bayrische Mittelpartei (Deutschnational) hat im bayrischen Landtag eine Interpellation eingebracht, in der sie die Regierung auffordert, auf Grund des Fechenbachprozesses bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie eine Revision des Friedensvertrages anstrebt.

Politische Notizen. Aus Brüssel wird gestern gemeldet: Genosse Vandervelde wird heute nach Moskau reisen, um bei der Verteidigung der Sozialrevolutionäre mitzuwirken. — Wie aus Neuyork gemeldet wird, ist der deutsche Botschafter Wiedfeld dort mit dem Dampfer „America" angekommen. Die Vertreter der Stadt und der Regierung fuhren dem Dampfer bis zur Quarantänestation entgegen und begleiteten das Schiff zum Hafen. — Der Lohnstreik in den großen Magdeburger Zuckerraffinerien ist nach sechswöchiger Dauer durch Vergleich beigelegt worden. Durch die Wiederinbetriebsetzung der großen Magdeburger Zuckerraffinerien wird die Zuckerknappheit einige Erleichterung erfahren. — In München verbrannten am Sonntag abend Rechtsdolchschützen die am Bahnhof gehaßte schwarzrotgoldene Fahne unter lautem Tamtam. — Der deutsch-polnische Vertrag soll heute nachmittag in Genf unterschrieben werden. — Die Bauarbeiter tagten am Freitag und Sonnabend wieder in Leipzig. — Der Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre, der im Mai stattfinden sollte, ist auf den 15. Juni verschoben worden.

Zu Arthur Schnitzlers Sechzigstem.

Das Jahr 1862 war ein gesegnetes Dichterjahr. Neben Gerhart Hauptmann, Max Dreyer, Ludwig Fulda und einigen anderen beanspruchte in diesem auch der Wiener Arthur Schnitzler sein Daseinsrecht auf unserem Planeten. Ja, da dieser bereits am fünfzehnten Mai das ihn immer freundlich umsonnende „Licht der Welt" erblickte, so ward mit seiner Geburt der Reigen der heute sechzigjährigen, mehr oder weniger geachteten Bühnenautoren eröffnet.

Wer ist Arthur Schnitzler und welche Stellung nimmt er in der Literatur unserer Tage ein? Geboren in Wien, in gut situiertem Bürgerhaus, wandte sich der junge Schnitzler dem ärztlichen Beruf zu, kam indes schon frühzeitig zur Literatur und brillierte bereits als Dreißigjähriger mit seinen vielgespielten „Anatol"-Skizzen. Sieben Bilder in je einem Akt, hineingestellt in Wiener Milieustimmungen mit der nötigen Portion Geist und Witz ausgestattet. Reuherlich graziös aufgezogene Dialoge, deren innerer Stoff auf das Thema „Viel Liebe und wenig Treue" aufgebaut war. Anatol ist ein dichtender Bummelant oder bummelnder Dichter, dessen Hauptbeschäftigung die „Weiber" sind.

Bekannter noch als die „Anatol"-Einakter ist sein vier Jahre später erschienenes Schauspiel „Liebelei" geworden. Ein der Wirklichkeit entlehntes, lebendiges Drama eines tief und echt liebenden Mädchens, das erst nach dem Tode des Liebhabers erfährt, daß sie dem Freunde kein tieferes Erlebnis, sondern nur eine Liebelei gewesen ist. So einfach und schlicht dieses Schauspiel auf den ersten Blick ausschaut, so birgt es doch neben dramatischer Beschwingtheit auch sozialen Einschlag und echtes Wiener Volkstum. Zweifellos wird es als des Dichters beltes Werk noch einige Jahrzehnte von dem Können seines Schöpfers zeugen.

In seinen Bühnenwerken und auch in seinen Erzählungsbüchern ist Schnitzler meist Stimmungsmensch, der geistreich Nuancenwirkungen erzielt. Obwohl in vielem an den großen Norweger Ibsen geschult, brachte es anscheinend schon sein Wiener Temperament mit, daß er schließlich eine Art Bindeglied zwischen Naturalismus und Neuromantik wurde. Letzteres besonders durch sein Renessancedrama „Der Schleier der Beatrice". Neben guter Menschenkenntnis, Melancholie, Skepsis verfügt er besonders über viel Weiches und Zartes. In seiner gehaltvollen Novelle „Sterben" hat Schnitzler sich als ein tüchtiger Prosaiker erwiesen; von seinem Roman „Der Weg ins Freie", der österreichische Judentragen ausgiebig debattiert (auch Schnitzler ist Jude), ist das gleiche nicht zu sagen. Indes will mir scheinen, daß er als ernster, geistiger Arbeiter und scharfer Psychologe entschieden höher steht als der stets wechselnde Neuigkeitenbringer Hermann Bahr, neben dem Schnitzler heute zu einem wesentlichen Teil die gegenwärtige Dichtung Deutsch-Oesterreichs repräsentiert.

Daß ers auch außerhalb des Wiener Milieus versteht, das hat Arthur Schnitzler in seinem „Grünen Kakadu" bewiesen. Einem grotesken Akt, der am Tage vor dem Bastillensturm in Paris spielt und in dem das Volk den Aristokraten zu Leibe geht. Leidenschaftliche, groteske Szenen voller Plastik und Lebendigkeit.

Noch etwa ein Dutzend weiterer Bühnenerbeiten Schnitzlers wären zu nennen, jedoch sind diese fast durchweg nicht von klassischer Reife, wenn auch einzelne von ihnen vorübergehend die deutschen Bühnen bevölkerten. Erwähnt sei aber noch dasjenige seiner Stücke, das seit dem vorigen Jahre trotz lautem Protest Andersdenkender erstmalig die Kassen deutscher Theater füllte, Zensurbehörden, Gerichte und Parlamente mobil machte und das dennoch schon in diesem Jahre ein — Vierteljahrhundert auf dem Rücken hat, der „Reigen". Zehn Szenen aus dem Gebiet der sexuellen Liebe auf die verschiedensten Stände verteilt. Am Anfang und am Ende der Szenen steht die gleiche Dirne, so daß sich also der Reigen um die meist recht krassen Liebesvorkommnisse schließt. In das Werk, das keinesfalls als die höchste Offenbarung deutscher Bühnenkunst hingelesen werden darf und das sich ebensowenig mit Zolaischer Wirklichkeitsdichtung messen kann, sind an französischen Vorbildern geschulte Ironie und Satire eingestreut. Eben wie gesagt: immer Geist und Grazie, aber auch ganz derbe Holzschnittmanieren! Unter Wilhelm II. herrlichen Zeiten war der „Reigen" in Deutschland verboten, in Oesterreich aber erlaubt!

So, kurz umrissen, der in Wien lebende Dramatiker und Erzähler Arthur Schnitzler, dessen Name in der modernen deutschen Literatur einen guten Klang hat und der besonders als Repräsentant deutschösterreichischer Bühnendichtung anzusprechen ist. Große Zeitprobleme hat Schnitzler nicht gestaltet, in soelischer Beziehung verredt er hier und dort eine starke Kenner- und Könnerschaft. Kl.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Pommern.

Eine große Feuersbrunst hat auf dem dem Grafen von Schwerin gehörenden Gute Ducherow (Kreis Anklam) gewütet. Fast der ganze Gutshof wurde von dem verheerenden Element ergriffen und in Schutt und Asche gelegt. Es sind vier große Viehställe abgebrannt. 200 Stück Rindvieh, 780 Schafe, 30 Fohlen und 4 Pferde fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Die Brandursache ist noch nicht bekannt.

Eine Tintenschlacht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich die Arbeiter Pereling und Glasenapp wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle zu verantworten. Als das Gericht trotz der Vorstrafen auf die verhältnismäßig milde Strafe von 6 Monaten Gefängnis erkannte, sprang der Angeklagte Glasenapp über die Schranken der Anklagebank hinweg, stürzte sich auf den Amtsanwalt, riß ihm das Barett vom Kopf und warf mit den auf dem Richtertisch stehenden Tintenfässern um sich, so daß die Tinte in großen Bogen herumspritzte. Als zwei Justizwachtmeister den Rasenden festhalten wollten, ergoß sich auch über sie die Tintenflut. Die Folge war, daß während des Kampfes die Gesichter der Beamten und des Angeklagten völlig mit Tinte besudelt wurden, so daß alle drei schließlich wie Neger aussahen. Der Angeklagte wurde zur Beruhigung in eine Zelle gesperrt, wo er sämtliche Scheiben entzweischlug und sich erhebliche Verletzungen zuzog, so daß er sofort verbunden werden mußte.

Auf der Reise nach der Mutter.

Ein erbarmungswürdiger kleiner Ozeanreisender ist mit der „Aquitania" jüngst in Southampton angekommen. Es ist ein zwölfjähriger polnischer Knabe, Anton Yurka, der aus New Jersey kommt. Man fand ihn, als das Schiff bereits zwei Tage auf hoher See war, zusammengekauert, ausgehungert und ganz verschüchtert hinter einem Haufen Tauwerk im Zwischendeck, und da er weder Fahrkarte noch Gepäck oder Geld bei sich hatte, brachte man ihn als blinden Passagier zunächst zu seiner Wiedererholung in die Krankenabteilung des Schiffes. Als er wieder etwas Mut gefaßt hatte, erzählte er unter Tränen, er sei nicht etwa nach England gefahren, um Abenteuer zu suchen, sondern infolge eines Mißverständnisses. Seine Mutter habe ihm, als sie von Hause weggegangen sei, gesagt, sie wolle wieder nach Polen zurückkehren. Da packte den Jungen die Angst, sie könne ihn dalassen, und er machte sich auf den Weg nach Neuyork. Hier sah er die große „Aquitania" im Hafen liegen und hörte, sie sei im Begriff, die Anker zu lichten. Er redete sich ein, seine Mutter müsse auf dem Schiff sein, und trieb an Bord. Als man abgefahren war, suchte er überall herum, um seine Mutter zu finden, aber vergebens. Die Cunard-Schiffsgesellschaft will den seltsamen Reisenden nun umsonst wieder nach Neuyork zurückbringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburg und Ostfriesland.

Die Entlohnung der Lehrlinge.

Die Handwerkskammer in Oldenburg hat in ihrer letzten Vollversammlung die Vergütung für die Lehrlinge neu festgesetzt. Es sollen fortan 40, 60, 80, 100 Mk. Mindestsätze zur Anwendung kommen, und zwar sollen diese für die Handwerksmeister Zwang sein. Die Handwerkskammer war ferner der Ansicht, daß es notwendig ist, die Sätze von Zeit zu Zeit nachzuprüfen, ob sie den Verhältnissen noch entsprechen, und um sie eventuell zu erhöhen oder herabzusetzen. Es soll die Einsicht der Handwerkskammer anerkannt werden, aber ob die Sätze den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragen, steht noch dahin. Bisher wurden in den weitaus meisten Fällen solche Sätze überhaupt nicht bezahlt, und ob die Handwerksmeister es mit der Erhöhung nun gar so eilig haben werden, ist auch noch eine Frage. Jedenfalls wird hier nachgeholfen werden müssen. Die Eltern derjenigen Lehrlinge, die diese Sätze nicht erhalten, tun gut, sich mit den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen, damit die Lehrverträge entsprechend geändert werden. Im übrigen dürften diese jetzt festgesetzten Vergütungen nur als Uebergangssätze anzusprechen sein, da sie in gar keinem Verhältnis zu der Steigerung für die Bedürfnisse des täglichen Lebens stehen. Eine Nachprüfung wird schon baldigst erfolgen müssen. Hierfür eine Zeitspanne von zwei Monaten als zweckentsprechend anzusehen, wie es in der Kammer zum Ausdruck kam, dürfte zu weit gegriffen sein.

Zuzug fernhalten

Auf den Deutschen Werken, A.-G., Werk Rüstringen haben die Maler wegen Akkordreduzierung die Arbeit niedergelegt. Die Werke suchen jetzt durch Inserate in den bürgerlichen Tageszeitungen von auswärts Arbeitswillige heranzuziehen. Wir verweisen auf die Arbeitsniederlegung der Maler und auf die Notwendigkeit, jeglichen Zuzug von Malern nach Rüstringen-Wilhelmshaven fernzuhalten.

Rüstringen, 15. Mai.

Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg. 41. Band, 103. Stück, enthält: Gesetz für den Freistaat Oldenburg vom 2. Mai 1922, betreffend Erhöhung der Geldstrafen. Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 6. Mai 1922, betreffend Abänderung der Hafenordnung für Brake.

pr. **Ist die Polizei zu scharf oder ist sie zu nachsichtig?** In der letzten Stadtratssitzung wurde von dem St.-M. Hoffmann wegen teilweise zu scharfen Vorgehens der Polizeiorgane geklagt. Vom Presseamt wird uns zu der Frage ganz allgemein geschrieben: Die obige Frage wird von den Bürgern verschieden beantwortet, je nach ihrer Stellung zur Polizei. Sieht der Gemeindebürger irgendwo Mängel, dann wird in der Regel die Polizei dafür verantwortlich gemacht; trifft ihn selbst eine Mahnung oder gar ein Strafmandat, dann kommen Vorwürfe über die „rücksichtslose Polizei". Es ist keine Kunst, sofort vorzugehen; doch davor möchte sich unsere Polizei im Interesse der Bürger sorglich hüten. Das müßte allgemein anerkannt und es müßten daher nicht nur die Ordnungsbestimmungen eingehalten, sondern auch etwaige zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Mahnungen der Polizei sorgfältig beachtet und dankbar entgegengenommen werden. Leider geschieht das oft nicht, und die Polizei hat allen Anlaß, hierüber zu klagen. Recht üble Gewohnheit geworden ist z. B. für manche Personen das Befahren der Wanderungen mit Handwagen und Rädern und so manche Hausfrau kann sich das Waschen ihrer Fenster an der Straßenfront (keineswegs angenehm für die Straßenpassanten!) und das Aushängen der Betten aus den Fenstern der Straßenseite (sehr einladender Anblick!) nicht abgewöhnen. Viele Hausbesitzer denken auch gar nicht daran, ihre Mieterverzeichnisse im Hausflur einer Richtigstellung zu unterziehen, wenn ein Mieter ausgezogen ist. Das überläßt er offenbar gern dem Mieterrat, der aber in vielen Häusern auch noch nicht eingespielt zu sein scheint. Und wie oft hat schon jemand nachts bei naturgemäß sparsam beleuchteten Straßen einen Zusammenstoß mit unbeleuchteten Wagen gehabt, die nachts auf der Straße stehengelassen wurden! Sehr nachgelassen hat erfreulicherweise die Unsitte der Kinder, auf stark begangenen Straßen Fuß- oder Schlagball zu spielen, der in der Regel den Passanten an den Kopf fliegt. Diese Liste von polizeilichen Uebertretungen könnte beliebig fortgesetzt werden. Bisher haben Verwarnungen der Polizei nicht viel genutzt. Sie wird aber wohl oder übel gemäß dem Wunsche weiterer, an Ordnung gewöhnter Kreise, dazu übergehen müssen, auch ihre schärfere Seite gegenüber den die Ordnung widerstrebenden Elementen zur Geltung zu bringen. Das wird manchem, der davon betroffen wird, unangenehm berühren, für die Allgemeinheit ist es jedoch dringend erforderlich. Ein jeder Einwohner aber kann auch notwendigen polizeilichen Härten dadurch vorbeugen, daß er ebenfalls mit auf Ordnung sieht und nach Möglichkeit dafür sorgt, daß die zum Schutze der Allgemeinheit getroffenen Bestimmungen eingehalten werden.

Ueberstunden für gemeinnützige Zwecke. In Oldenburg ist Anfang Dezember eine Einigung zustande gekommen, wonach zugunsten der Lungenkranken die Arbeiter vierteljährlich eine Ueberstunde leisten und die dafür verdienten Beträge in eine gemeinnützige Kasse zahlen. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, den gleichen Betrag abzuführen. Die Beteiligung an der Ueberstunde ist durchaus freiwillig; sie wird nicht nur in der Industrie, sondern auch beim Handel und in Gewerbeinnungen geleistet. Die Kasse wird von einer paritätischen Kommission verwaltet. Im Oldenburger Lande sind die Lungenkranken besonders zahlreich vertreten. Eine große Zahl von Volksgenossen siecht an ihnen Jahr für Jahr dahin.

pr. **Fundamt.** Auf dem Polizeiamt Zedeliusstraße 9 sind ein junger Schäferhund, eine Ente und ein Huhn als zugelaufen angemeldet. Diese Tiere sollen morgen (Dienstag), nachmittags 2,30 Uhr, auf dem Hofe des Rathauses Zedeliusstraße öffentlich meistbietend verkauft werden.

Verband freiwilliger Feuerwehren. Am 12. d. M. hielt der Verband der Freiw. Feuerwehren Rüstringen-Wilhelmshaven und die Freiw. Feuerwehr-Sanitätskolonne ihre diesjährige sehr gut besuchte Generalversammlung im „Erbktug" zu Rüstringen II ab. Nach Vorlage der Jahresabrechnung, die von den Revisoren für richtig befunden war, wurde dem Kassenführer Entlastung erteilt. In den geschäftsführenden Vorstand wurden wiedergewählt: H. Janssen als 1., W. Uhlich als 2. Vorsitzender und G. Heeren als Beisitzer. Die Wahl des Schrift- und Kassenführers wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Dann wurde noch beschlossen, am Himmelfahrtstage einen gemeinschaftlichen Uebungsmarsch in Mühe um 7 Uhr von der Gasanstalt Kopperhörn ab, zu machen.

Verband freiwilliger Feuerwehren. Am 12. d. M. hielten der willige Feuerwehr Rüstringen I ihre Monatsversammlung im Vereinslokale „Bürgerheim" ab. Nach einem Bericht der zum Vertretertage nach Oldenburg entsandten Vertreter gaben die Vertreter des Ortsverbandes den Bericht über die letzte Vertretersitzung am 12. Mai. Allgemein gewünscht wurde, dahin zu wirken, daß innerhalb des Verbandes ein recht kameradschaftliches Zusammenarbeiten ermöglicht wird, da ja die Wehren unter sich aufeinander angewiesen sind. Die 25jährige Jubiläumsfeier der Wehr findet voraussichtlich am 9. und 10. September d. J. statt. Zu der Feier sollen auch auswärtige Wehren des Oldenburger Landes eingeladen werden. Zu Dienstag den 23. Mai, abends 7 Uhr, ist im Vereinslokale eine Revision sämmtlicher Ausrüstungsstücke, die im Besitze der Mitglieder sind, angeordnet. Anschließend findet eine Instruktion über Verhalten bei Bränden und auf Wachen usw. statt.

pr. **Naturwissenschaftlicher Sommerkursus.** Der erledigte Winterplan von den Volkshochschulhelfergängen stellte auch noch einige Sommerkurse in Aussicht. Aus verschiedenen Gründen müssen die Kurse über Harmonielehre und über Aronomie zurückgestellt werden. Der naturwissenschaftliche Sommerkursus des Studienrats Dr. Ritzschke soll jedoch bereits in kommender Woche beginnen. Eine Besprechung derjenigen Personen, die an dem Kursus teilnehmen wollen, ist auf Freitagabend 8 Uhr in der Oberrealschule zu Wilhelmshaven angesetzt. (Gelehrt wird zunächst im Laboratorium der Oberrealschule und dann auf mehreren Ausflügen die Pflanzenbestimmung. Dieses Thema wurde im Vorjahre von zahlreichen Personen, die an Dr. Ritzschkes Lehrgängen teilnahmen, gewünscht. Lehrern, Wandervögeln und allen sonstigen Naturfreunden soll hier Gelegenheit geboten werden, ihre naturwissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern.

pr. **Von der Gendarmerie.** Eine Schwindlerin, die in den hiesigen Geschäften Betrügereien begangen hat, indem sie auf den Namen anderer Leute ohne Bezahlung Waren abholte, wurde ermittelt. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen sich bei der Gendarmerie melden. — Festgenommen wurde hier ein aus Oldenburg zugereister Mechaniker, der in einem Hause der Mellumstraße, in dem er wohnte, aus einem verschlossenen Schranke einen Anzug und ein Paar braune Schnürschuhe stahl und die Sachen versteckte. In dem Versteck fand die Gendarmerie auch eine Damen-Handtasche mit Portemonnaie, einen blauen Damenhut und eine Menge noch nicht abgestempelter Postsachen, die aus einem erbrochenen Briefkasten gestohlen worden sind. Die Briefe waren geöffnet und offenbar nach Geld und nach Wertscheinen durchsucht. Sie tragen das Datum des 30. April. — Gestohlen wurde auch ein kleiner Ambos (ein Stück Eisen von 30 Zentimeter Höhe und 40 Zentimeter Breite und Tiefe), der bei einem Hause am Mühlenweg hingelegt worden war. — In der Zeit vom Freitag nachmittag 4 Uhr bis Sonnabend morgen ist aus dem Flur eines Hauses der Roonstraße ein Fahrrad entwendet worden. — Besondere Kennzeichen: Am Hinterrad fehlen drei Speichen, die Lenkstange ist mit grauer Farbe gestrichen, der Sattel ist stark abgescheuert und etwas eingerissen. — In der Nacht zum Sonnabend ist im Keller des Hauses Roonstraße 188 ein Einbruch verübt und aus einem Verschlag sind etwa 150 Pfund Kartoffeln sowie ein Brotkörbchen gestohlen worden. — Sachdienliche Mitteilungen in all diesen Fällen erbittet auch ohne Namensnennung die Gendarmerie.

Wilhelmshaven, 15. Mai.

Fachausstellung für Städtereinigung und Fuhrwesen. Uns wird geschrieben: Eine Fachausstellung für Städtereinigung und Fuhrwesen findet vom 28. Mai bis 11. Juni in Düsseldorf statt, um dem Streben der Stadtverwaltungen nach Vervollkommnung und Verbesserung ihrer einschlägigen Betriebe Rechnung zu tragen. Die unaufhaltsam steigenden Betriebskosten sind mit den zerrütteten Finanzen kaum noch in Einklang zu bringen und der Widerstand gegen entsprechende Erhöhung der Gebühren und Beiträge wächst. Die Gefahr des allmählichen Verfalles des Reinigungswesens wird sich nur abwenden lassen, wenn es gelingt, die Betriebe durch Umstellung auf rationellere Arbeitsmethoden lebens- und leistungsfähig zu erhalten. Die Erkenntnis, daß dieses schwierige Problem nur im Zusammenwirken mit der einschlägigen Industrie befriedigend gelöst werden kann, hat den Verband der Leiter städtischer Fuhrparks und Straßenreinigungsbetriebe Deutschlands veranlaßt, seine diesjährige Tagung in Düsseldorf mit einer Fachausstellung zu verbinden. Zahlreiche Firmen, darunter solche von Weltruf, werden ihre neuesten Erzeugnisse auf dem Gebiete der Kraftwagen und sonstigen Fuhrzeugtechnik, der Müllabfuhr, -Verbrennung und -Verwertung, der Straßenbesprengung, Straßen- und Kanalreinigung usw. zeigen dem Vorführen. Die Städte werden lehrreiche Aufzeichnungen über Betriebsergebnisse, Abbildungen und Modelle bringen.

Vorschriften beachten. Anläßlich des Zusammenstoßes eines Dampfers mit einem Motorfischkutter ist bekannt geworden, daß in der letzten Zeit kleinere Segelfahrzeuge es unterlassen, die vorgeschriebenen Laternen zu führen oder zum Gebrauche klar zu haben. Die kleinen Motorfahrzeuge versäumen es vornehmlich, die vorgeschriebenen Dampferlaternen zu führen, wenn sie den Motor in Betrieb haben. Führer von kleineren Segel- und Motorfahrzeugen wollen daher in ihrem eigenen Interesse die Vorschriften der Seestraßenordnung, insbesondere die über die Lichterführung sorgfam befolgen.

Sparsamkeit in der Schule. Nach einer neuen Verfügung des preußischen Ministers für Volksbildung sollen die Schüler danach angehalten werden, ihre Hefte voll auszunutzen und alle Blätter auf beiden Seiten zu beschreiben. Angefangene Hefte sollen in der höheren Klasse weiter gebraucht werden. Für schriftliche Uebungen soll noch mehr als bisher die Wandtafel benutzt werden. Schriftliche Hausarbeiten sollten nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Wo Schiefertafeln ohne allzu hohe Kosten beschafft werden können, sollen sie durchgehends eingeführt werden, auch für Uebungsarbeiten in den höheren Lehranstalten. Auch die übrigen Arbeitsmittel sollen aufs äußerste ausgenützt werden.

Arg geprellt. Uns wird geschrieben: Ein Opfer eines gemeinen ausländischen Schiebers und deutschen Zuhälters wurde der jetzt hier wohnende Anton Köfer aus Duisburg-Wanheimerort. K. lernte als Schiffseigner Ende v. J. einen Holländer kennen, der ihn bewog für zirka fünf Millionen Mark Kahnräume in Deutschland zu vermitteln. Der Holländer machte K. hierbei große Versprechungen und um das Vertrauen zu stärken, ließ er dem ersten Kaufabschluß dem K. außer seinen Auslagen noch eine Provision zukommen. K. vermittelte nunmehr weitere Aufkäufe und wurde gleichzeitig als Kapitän für alle Schiffe vertraut. So immer mehr im Vertrauen gestärkt, verstand es der Holländer, K. noch mehr für sich zu gewinnen und einzuwickeln. Er ließ nun diesen für die gesamte Besatzung, Unterhaltung der Schiffe, für weitere Aufkäufe und die entstandenen Unkosten sein ganzes Vermögen von 60 000 Mark, Erlös aus seinem eigenen verkauften Kahn, einsetzen. Nach Rückkehr des Holländers nach Deutschland versprach derselbe ihm das Geld zurückzuerstatten. Währenddessen unterließ der Holländer es auch nicht, den Kapitän K. zu veranlassen, ohne die behördliche Ausführungsermächtigung abzuwarten, die Schiffe nach Holland zu verschieben. Doch hierauf aufmerksam gemacht, daß dieses verboten sei, unterließ es K. und wartete täglich auf die Rückkehr des Ausländers, der ihm seine Löhne und Auslagen zurückerstatten sollte. Statt dessen erschien der Ausländer mit einem gedungenen deutschen Schieber und Zuhälter und einen Polizeibeamten und jagte in Abwesenheit des Kapitäns K. die Besatzung grund- und fristlos auf die Straße, ohne sich um die Abrechnung zu kümmern. Da der Kapitän, der übrigens auch noch Kriegsinvalide ist, mit seiner Familie an Bord des Schiffes wohnte, wurde er mittellos mit Weib und Kind ohne ein Unterkommen auf die Straße gesetzt. Ohne Wohnung und Geld suchte er nun Schutz bei der Behörde, wurde jedoch immer wieder abgewiesen mit der Begründung der Unzuständigkeit des Gerichts, da der Schutz nur auf diplomatischem Wege zu erlangen wäre. Der Ausländer jedoch, gestützt auf seine gedungenen Helfershelfer, konnte bei jeder Behörde Unterstützung finden. Die Folgen blieben nicht aus. Der wohnungs- und arbeitslose Kapitän K., der mit Frau und Kind vergeblich Schutz suchend von einem Ort zum andern wanderte, in der Hoffnung, sein Recht zu finden, und der nun mittellos und ohne Hilfe dasteht, konnte nicht einmal dem Kinde die nötige Nahrung und Wärme geben. Das halbjährige Kind ist jetzt gestorben und seine erkrankte und unterernährte Frau wird ebenfalls die Folgen kaum ertragen können, wenn diesen nicht baldige Hilfe gewährt wird.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

17) Nachdruck verboten.

7. Kapitel.

Zwischen dem Dom und der Pfarrkirche liegt ein uralter Friedhof. Schon längst begräbt man dort niemanden mehr. Durch ein hohes kunstvolles Gittertor gelangt man nach der geweihten Stätte.

Eine ganze Vergangenheit liegt in diesem kleinen Fleck Erde. Viel Stolz und Macht, aber auch Elend und Not. Die Pestsäule, die sich in der Mitte des einsamen Platzes erhebt, zeugt von Zeiten großer Drangsal. Unter den Arkaden, die den Friedhof umsäumen, sind zahlreiche alte Grabsteine in die Mauer eingelassen. Die Gedenksteine alter Patriziergeschlechter, die längst zu Staub zerfielen. Daneben mächtige marmorne Grabplatten ehemaliger Fürstbischöfe von Brixen.

In stereotyper Würde sind die Hierarchen aus dem Marmor gemeißelt. Alle in der gleichen Stellung. Ueber dem Haupt das Sterbepolster mit den vier dicken Quasten. Auf dem Haupt die Mitra, in der rechten Hand den Krummstab, in der linken das Bibelbuch oder den Messekelch. Man kann nicht sagen, daß die Züge dieser geistlichen Machthaber sonderlich charakteristisch sind. Es ist ein und derselbe Typ. Starre, steinerne Würde. Nichts Lebensvolles und doch wiederum nichts Totes. Es liegt nicht die Majestät des Todes auf diesen steinernen Gesichtern, sondern vielmehr ein selbstbewußter Schlaf, eine gewisse versteinerte Vornehmheit und Erhabenheit. Da und dort hat die Verwitterung der Zeit diesen Gesichtern arg zugesetzt. Sie sind abgeschlichtet und glatt geworden, als wenn sich alle markanteren Züge in den Stein verkrochen hätten.

Auch der Gedenkstein eines sehr weltlichen Herrn ist in einer Ecke dieses Friedhofs eingemauert. Der Minnesänger Oswald von Wolkenstein prangt auf ihm. Steinerne Züge, die aus dem Schutt der Vergangenheit emporragen. Das Lebendigste und Unvergänglichste darunter ist der Wolkensteiner. Das andere Namen, von denen zumeist nur mehr die interne Geschichte des Bistums weiß, die nur mehr dem und jenem Chronisten und Forscher vertraut sind. Für die große Welt sind sie versunken, wie all die Namenlosen, deren Gebeine einst in dem Frieden dieser Erde zur ewigen Ruhe gebettet wurden.

Der alte Friedhof wird wenig besucht, obwohl er in unmittelbarer Nähe des Domplatzes liegt. Ab und zu überquert ihn jemand, der einen Weg abkürzen will, gleichgültig, mechanisch.

So ziemlich verlassen ist auch ein altes Madonnenbild, das seine Heimstätte in einer Nische an der gegen den Friedhof gelegenen Außenmauer der Pfarrkirche hat. Ein Relief in schwärzlichem Marmor. Kein sonderliches Kunstwerk. Vielleicht eine fromme Stiftung aus der Vorväter Zeiten.

Ein klobiges Eisengitter mit dicken Stäben, die schon arg vom Rost angefressen sind, ist als Schutz vor der Madonna angebracht. Unter dem Gitter steht ein kleiner Betstuhl. Schon recht brüchig und morsch, von grauem, rissigem Holz. Selten, daß man einen verwelkten Strauß am Gitter sieht. An hohen Frauentagen kann es wohl vorkommen, daß das einsam flackernde Lichtlein einer kleinen Votivkerze sich auf der schmalen Steinbrüstung vor dem Gitter zeigt.

Es ist tiefe Abenddämmerung. Auf dem Betstuhl vor der marmornen Madonna kniet halb in sich versunken eine weibliche Gestalt. Agnes Angerer. Sie kommt zu dieser späten Stunde oft nach dem stillen Winkel, um zu beten.

Um diese Stunde weiß sie sich allein und unbeachtet. Wenn es dunkel wird, dann scheuen die Leute den alten Gottesacker, auf dem sich die Schatten der aufsteigenden Nacht gleich mit ihrer vollen Wucht lagern. Liegt er ja schon bei Tag im Schatten der mächtigen Mauern des Domes und der Pfarrkirche. Ein karger Fleck, eingezwängt zwischen zwei steinerne Riesen.

Es wird viel früher dunkel auf dem Friedhof, als draußen am Domplatz. Und allmählich fällt dann immer sichtbarer und deutlicher ein schmaler Lichtstreifen durch die graue Dämmerung, der gerade die Pestsäule streift und dann unter den Arkaden verzittert.

Es ist der Schimmer des ewigen Lichtes in der Pfarrkirche, der aus einem der hohen gotischen Fenster kommt, das auf den Friedhof mündet. Der Lichtstrahl geht immer den gleichen Weg. Je tiefer die Nacht herabsinkt, desto mehr beginnt seine alleinige Herrschaft in diesem Orte des Schweigens. Nur der Mond macht ihm die Herrschaft manchmal streitig.

Agnes fühlte sich in diesem ewigen Frieden so sicher und geborgen. Ganz ruhig war sie. Oefters, wenn sie auf dem Beichstuhl vor der steinernen Madonna die Augen schloß, war es ihr, als ob sie selbst nicht mehr lebte, als ob sie auch auf einem der Steine träumen würde, schlafen in alle Ewigkeit. Sie freute sich auf diese stillen Abendstunden und fürchtete das Tagwerden, das Erwachen nach jeder Nacht.

Während des Tages mußte sie sich ihre Ruhe erkämpfen. Hier ward sie ihr von selber. Hier schien sie aus der Erde emporzusteigen wie eine Trösterin mit einem lieben Herzen, mit sanften umschlingenden Armen, mit zarten Händen, die über Stirn und Wangen streichen, die sich auf die Augen legten, mit einem Mund, der zu sprechen schien und doch nicht sprach — nur immer schwieg und lächelte — den heiligen Frieden nicht zu stören.

Tapfer und ruhig ging Agnes unter Tag ihrer gewohnten Beschäftigung nach. Sie war gegen Mutter und Schwester unverändert freundlich. Nur vermied sie jede Aussprache mit ihnen. Das tiefe Weh, das sie erlitten hatte, war noch zu mächtig in ihr. Sie konnte sich noch nicht so recht in ihre neue Lebenslage finden. Sie konnte es noch nicht so recht erfassen, daß sie von nun an ihren Weg einsam durchs Leben gehen würde. Einsam und liebeleer wie ihre Schwester Mathilde.

Nein. Doch nicht so ganz liebeleer. Sie hatte die Liebe kennen gelernt. Sie wußte, was Liebe ist. Mit der ganzen Kraft und Stärke ihrer jungen reinen Seele hatte sie den Franz geliebt. Seit Jahren. Immer. So lange sie es denken konnte. Es war keine stürmische, aufflammende Leidenschaft. Es war eine tiefe, heilige Liebe. Jene Liebe, die nur einmal in des Menschen Leben tritt, die alles erduldet und leidet und niemals verzeiht.

Es war schon ganz dunkel geworden. Plötzlich hörte Agnes vom Eingang des Friedhofes Schritte. Sie schreckte empor, hüllte sich in ihren Schal und wollte eilig fliehen. Es war ihr peinlich, hier von jemandem überrascht zu werden. Unbewußt trat sie in den Schimmer des ewigen Lichtes von der Pfarrkirche. Da hörte sie einen Schritt knapp hinter sich. Sie drehte sich jäh erschrocken um und stand in dem schmalen Lichtbalken Franz Senn gegenüber.

Sie konnten sich deutlich sehen. Der rötliche Schimmer der Ampel irrte über die beiden hinweg, als ob er sie absichtlich beleuchten wollte. Franz war das Zusammentreffen ebenso unvermutet wie Agnes. Einen Augenblick schien er die Absicht zu haben, im Dunkel zu verschwinden. Dann blieb er aber wie angewurzelt stehen.

Die beiden hatten sich seit langem nicht mehr gesehen. Alles Blut wich dem Mädel aus dem Gesicht, als sie Franz erkannte. Sie fühlte, wie ihr Herz schlug, wie ihre Schläfen hämmerten. Wenn sie nur fliehen könnte, irgendwohin — nur nicht mit ihm reden müssen!

Es war nur ein Augenblick, daß dieser Gedanke sie durchzuckte. Dann beherrschte sie sich. Ihre ganze Kraft nahm sie zusammen. Er sollte nicht merken, wie tief er sie getroffen hatte.

Franz Senn war schon eine Weile im Kreuzgang des Domes auf und ab gegangen. Da sah er auf einmal hinter einem Pfeiler die Zirnhöld Anna auftauchen. Er hatte es ganz deutlich gesehen, wie sie neugierig spähend ihren Kopf mit dem alten schäbigen Hut vorgestreckt hatte. Wie eine Schildkröte war sie ihm erschienen.

Als sie sich entdeckt sah, hatte sie sich heuchlerisch grüßend langsam gegen den Ausgang des Kreuzganges entfernt. Der Franz hatte aber doch bemerkt, daß sie lauernd umherschielte. War die gekommen um zu spionieren? Mußte die was?

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Aus dem Lande.

Jever. Explosion. Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr ist in der Werkstatt des Mechanikers Weber hierselbst ein erst neu aufgestellter Schweißapparat infolge Verlagens eines Ventils explodiert. Durch die Explosion, die einen fürchterlichen Knall verursachte, sind sämtliche Fensterscheiben in der Werkstätte zertrümmert. Weber selbst und sein Gehilfe, die in der Werkstätte beschäftigt waren, sind mit dem Schrecken davongekommen.

— Amtskasse. Die Amtskasse befindet sich jetzt wieder im Hause Bismarckstraße 32.

Norden. Lichtversorgung. Die Elektrisierung der Landgemeinden des Kreises Norden schreitet rüstig weiter. In der Lintelerr, Oster- und Westermarsch sind zurzeit etwa 40 Leute mit dem Aufstellen der Masten usw. beschäftigt. Auch in Lütetsburg sind die Vorarbeiten in vollem Gange.

Barel. Feuer. Ein Brand ist in dem Hause des Bäckermeisters Duesberg in der Schüttingstraße entstanden. Das Feuer war ausgebrochen auf dem Boden der Bäckerei, wo auch für 12 000 Mark Pferdehaare zum Trocknen lagerten. Alles ist ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt. Die Feuerwehren waren schnell zur Stelle und wurden bald Herr des Feuers.

Geestemünde. Millionenschiebungen mit Schlachtvieh in der Provinz Hannover. Vor einiger Zeit berichteten wir über verdächtige Massenaufkäufe von Schlachtvieh durch hiesige Viehhändler. Als sich später der Vorgang wiederholte und von Geestemünder Bahnhof große Mengen Rindvieh abrollten, haben wir in Fachkreisen Erkundigungen über den Charakter dieser Sendungen eingezogen. Man bedeutete uns da überrascht, daß die Viehsendungen „Reparationsvieh" seien. Es hat aber nun den Anschein, als ob in der Provinz Hannover von den Schiebern aller Grade und Konfessionen auch Vieh nach Frankreich und Belgien verschoben worden ist, dessen Werte in die Millionen gehen. Die Deutsche Volkspartei hat im preußischen Landtage folgende Anfrage an das Staatsministerium gerichtet: „Die Kriminalpolizei in Hannover hat Millionenschiebungen mit Schlachtvieh aufgedeckt. Das Vieh ist von Händlern zum Teil in der Provinz Hannover gekauft und dann nach Belgien und Frankreich verschoben worden. Wir fragen: Sind dem Staatsministerium diese Vorgänge bekannt? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um derartige Verbrechen am deutschen Volke künftig zu verhindern?" Auf die Antwort der Regierung kann man gespannt sein, noch mehr aber auf die Resultate der kriminellen Nachforschungen, die sich hoffentlich im Gerichtsverfahren gegen die gewissenlose Bande von Viehverschiebern entladen wird.

Gerichtliches.

Schöffengericht Wilhelmshaven 12. Mai 1922. Der Heizer D., hier, war angeklagt, vorsätzlich Kupfer von der Werft mitgenommen und an den Händler W., hier, verkauft zu haben. W. war der Hehlerei beschuldigt. D. gibt an, das Kupfer gefunden zu haben. W. will auch angenommen haben, daß es gefunden sei. Das Gericht nimmt bei D. Diebstahl und bei W. Hehlerei an. D. wird mit 2000 Mk. und W. mit 5000 Mk. Geldstrafe, ev. für je 20 Mk. einen Tag Gefängnis, bestraft. — Der Laufbursche H., hier in Haft, war bei der Firma K., hier, angestellt. Er wurde beim ersten Tage mit Wegbringen von Paketen beschäftigt. Abends hatte er von einem Kunden 450 Mk. bekommen, die er abliefern sollte. Er hat das Geld für sich behalten und will aus Not gehandelt haben. H. ist schon vorbestraft. Das Gericht verurteilt ihn zu drei Monate Gefängnis. — Eine Eisenplatte im Werte von 120 Mark hatte der Arbeiter Jakob H., hier in Haft, aus einem Eisenbahnwaggon gestohlen und sie in einem leeren Waggon versteckt. Wir drei Monate Gefängnis wird H. bestraft. — Der Bureaugehilfe H., hier in Haft, war bei der Firma Ostig als Wächter angestellt. Er hatte derselben vier Persenningen im Altwerte von mindestens 1600 Mark gestohlen und an den Tischlermeister L. in Rüstringen für 800 Mark verkauft. H. ist geständig. L. bestreitet Hehlerei, da dieselben im Handel gewesen seien. H. wird mit drei Monate Gefängnis bestraft, die Untersuchungszeit wird angerechnet. L. wird freigesprochen. — Das Dienstmädchen Sch., hier in Haft, war beim Kaufmann Fr. in Diensten und hatte demselben einen Brillantring im Werte von 3000 Mark weggenommen. Sie behauptet, den Ring auf dem Hofe gefunden zu haben. Fr. will ihn auf den Waschtisch gelegt haben. Das Gericht nimmt Diebstahl an und verurteilt die Sch. zu sechs Wochen Gefängnis. — Eine Lederjoppe, zweimal je eine Hose und Sattlernadeln soll der Arbeiter B. in Rüstringen dem Möbelhändler O. gestohlen haben. B. gibt die Diebstähle zu und wird zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Bewährungsfrist bis 1925 wird gewährt. — Der Kraftwagenführer eines Militärautos, St., wurde wegen Transportgefährdung zu 100 Mark, ev. für je 10 Mark einen Tag Gefängnis, verurteilt. Er hatte versucht, an der Straßenkreuzung Göker- und Bismarckstraße zwischen die beiden ankommenden Straßenbahnwagen hindurchzufahren, wurde aber dabei von einem Wagen erfaßt und gegen den anderen gedrückt. — Oberleutnant O., früher hier, jetzt in Wolfenbüttel, war angeklagt, beim Einsammeln und Entschärfen von Handgranatenversagern die nötige Sorgfalt nicht gewahrt zu haben, so daß eine Handgranate explodierte und der Tod von zwei Militärpersonen herbeigeführt wurde. Durch Vernehmung der Zeugen hat nicht festgestellt werden können, daß dem Angeklagten O. ein Verschulden trifft. O. wird freigesprochen. — Apotheker F. in Weimar hatte 240 Mark vereinnahmte Gelder für sich behalten. F. gibt es zu, gibt aber an, in großer Not gewesen zu sein. F. wird zu 400 Mark, ev. für je 40 Mk. einen Tag Haft, verurteilt. — Die Kellner G., M. und der Gastwirt Sch. sollen eine Barbame gemeinschaftlich mißhandelt haben. Die Barbame soll in sehr animierter Stimmung gewesen sein und skandaliert haben, so daß sich die Kellner und der Wirt veranlaßt sahen, sie aus dem Lokal mit Gewalt zu entfernen. Sie waren von der gemeinschaftlichen Körperverletzung freigesprochen. Der Gastwirt Sch. wird in 500 Mark Geldstrafe genommen, weil er sein Lokal über die gebotene Feierabendstunde offen gehalten hat. — Widerstand gegen einen Sicherheitsbeamten hat der Handlanger B. in Rüstringen geleistet. B. hatte ruhestörenden Lärm verursacht und wurde zur Wache zitiert. Hierbei hat er sich widersetzt. B. wird wegen Widerstandes zu 250 Mark und wegen ruhestörenden Lärms zu 50 Mark, bzw. für je 10 Mark einen Tag Gefängnis verurteilt.

Sozinles.

Mehr Kleinsiedlungen! Bei der Aufteilung großer Güter haben die Siedlungsgesellschaften mitunter zu große Restgüter vergeben und zu wenig Kleinsiedlungen eingerichtet. Gegen eine solche Handhabung wendet sich ein Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers, worin darauf hingewiesen wird, daß die Nachfrage gerade nach Kleinsiedlerstellen heute überaus groß ist, ohne annähernd befriedigt werden zu können. Das Bestreben aller Siedlungsorgane müsse deshalb darauf gerichtet sein, möglichst viel Siedler anzusetzen und den Landhunger möglichst vieler Bewerber zu stillen. Das Vorhandensein besonders zahlungsfähiger Käufer dürfe keineswegs den Aufteilungsplan beeinflussen. Diese Gesichtspunkte seien vor allem dort zu befolgen, wo die Siedlungsgesellschaften den Erwerb der zu besiedelnden Landflächen den Vergünstigungen des Reichssiedlungsgesetzes verdanken.

Hausangestelltenfragen im Reichstag. Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates versuchten die Arbeitgeber bei der Fortsetzung des Hausgehilfengesetzes, die in erster Lesung erzielten Verbesserungen für die Arbeitnehmer wieder rückgängig zu machen. Insbesondere war es die Arbeitszeit, auf die sie es abgesehen hatten. Sie billigten zwar den Hausgehilfen eine elftündige Ruhezeit zu, wollten ihnen aber nicht das Recht auf eine ununterbrochene elftündige Ruhezeit zugestehen. Sie glaubten, daß dadurch die im Gesetz vorgesehenen Ausnahmen für die Verlängerung der Arbeitszeit aufgehoben würden. Die Arbeitnehmervertreter ließen aber von ihrem Standpunkt nicht ab, und man einigte sich schließlich dahin, eine Umstellung der Sätze des betreffenden Paragraphen vorzunehmen, nach der die Ausnahmen nicht mehr als aufgehoben erscheinen. Der Angriff der Unternehmer auf den Urlaub, der nach neun Monaten Dienstzeit eine Woche, nach zwei Jahren zwei Wochen und nach drei Jahren drei Wochen betragen soll, wurde abgeschlagen. Ebenso drangen die Arbeitgeber nicht mit der Absicht durch, die Bestimmung aufzuheben, wonach sie verpflichtet sind, zur Pflege des erkrankten Hausgehilfen bis zu einem Eintritt der gesetzlichen Versicherungsleistungen vorgesehenen Zeitraum von sechs Wochen. Beschlossen wurde, daß diese Bestimmung nicht gelten soll für Hausangestellte, die sich nur für die Zeit der Arbeitsbereitschaft in der häuslichen Gemeinschaft befinden, es sei denn, daß der Arbeitgeber zur Beschaffung des Schlafraums verpflichtet ist. Schließlich wurde noch die obligatorische schriftliche Kündigung beschlossen. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Vertreter der freien Gewerkschaften enthielten sich der Stimme. Sie erklärten, dem Gesetzentwurf nicht zustimmen zu können, weil er keine festumgrenzte Arbeitszeit vorsehe.

Vermischtes.

Razzia im Berliner Scheunenviertel. Berliner Blätter berichten: Eine überraschende Paßkontrolle veranstalteten gestern wieder Beamte der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums im Scheunenviertel und seiner Umgebung. Ihr Besuch dieses Viertels galt besonders den Zuwanderern aus Polen, Rußland und Galizien. In einer großen Wirtschaft in der Dragonerstraße traf man 43 Gäste an, von denen 14 ohne Einreiseerlaubnis nach Berlin zugewandert waren. Sie besaßen keinerlei Papiere und konnten nicht die geringste redliche Beschäftigung nachweisen. Alle 14 wurden der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zugeführt. In dem Lokal eines Russen in der Schönhauser Straße stieß man unter den Gästen auf acht Personen, die zu weiteren Verhaftungen Veranlassung gaben. Darunter befinden sich auch einige, die trotz des Ausweisungsbefehls in Berlin geblieben sind. In dem Russenlokal fand man bei einer Durchsuchung auf einem Brett im Schankraum eine ganze Anzahl ausländischer Pässe, die erst kürzlich ausgestellt sind. Keiner der Gäste wollte sich zu einem von ihnen als Eigentümer bekennen. Alle sind ohne Zweifel falsch und waren dazu bestimmt, neuen Kunden des Russenlokals die gewünschte Bewegungsfreiheit in Berlin zu verschaffen.

Briefkasten.

Silberhochzeit. Die silberne Hochzeit feiern heute, den 15. Mai, Sattler August Cordes und Frau, Störtebekerstraße 11b.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Gleichheit Nr. 11 ist eingetroffen.

Kassierer. Die Kassierer wollen die Kassierung erledigen, und auf dem Sekretariat abrechnen.

Ortsteil 12. Am Montag den 15. Mai, abends 8 Uhr, bei A. Frerichs, Mellumstraße: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag, Parteiangelegenheiten, Verschiedenes.

N. St. Mittwoch, den 17., abends 8 Uhr im Parteisekretariat.

Arbeiter-Jugend Rüstringen.

Dienstag abend 8 Uhr, Heim Siebethsburg: Zusammenkunft aller Musikspieler. — Mittwoch 1/28 Uhr müssen die echt Paare für den Maitanz auf dem Sportplatz unbedingt erscheinen.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schah, Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Rüstringen.

Milchverbilligung.

Auf die im April bezogene Vollmilch soll in der bisherigen Weise den versorgungsberechtigten Familien (Milchkarteninhabern), auf den Bezugsschnitt der 1-Liter-Karte 60 Mk., der 3/4-Liter-Karte 45 Mk., der 1/2-Liter-Karte 30 Mk., der 1/4-Liter-Karte 15 Mk. zurückgezahlt werden.

Rückzahlung erfolgt für die Buchstaben A—E Montag, 22. Mai, F—K Dienstag, 23. Mai, L—S Mittwoch, 24. Mai, T—Z Freitag, 26. Mai, in der Kämmereikasse, Rathaus Bismarckstraße 156, in den Kassenstunden von 9 bis 1 Uhr.

Mitzubringen sind Milchkarten, Bezugsausweis, sowie ein Ausweis (Arbeitskarte, Krankenkassenbuch oder ähnliches), aus dem sich der Beruf und die Arbeitsstelle ergibt, ferner bei allen Personen, welche in anderen Betrieben als Marinewerft, Deutsche Werke, Abwrackbetrieben beschäftigt sind, eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Stundenlohnes nebst allen Zuschlägen. Diejenigen, welche in den genannten Betrieben beschäftigt sind und **keinen Akkord** haben, müssen diesbezügliche Bescheinigungen vorlegen.

Bezugskarten, die nicht ausgefüllt sind, werden nicht eingelöst. [1072

Rüstringen, den 12. Mai 1922.

Kriegsversorgungsamt.

Gemeinde Bleyen.

Am Freitag, den 19. d. M., erfolgt die Ausgabe der neuen Brotkarten wie bisher. Bei Abholung der Karten an einem andern Tage wird die festgesetzte Versäumnisgebühr gehoben.

Der Gemeindevorstand. H. G. Büsing.

Naturwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft im Laboratorium und auf Ausflügen.

Zwecks Besprechung des im Winterlehrplan des Vortragswesens in Aussicht gestellten naturwissenschaftlichen Sommerkursus des Studienrats Dr. Ritschke werden die Personen gebeten, die an dem Kursus teilnehmen wollen, am Freitag abend 8 Uhr in der Oberrealschule zu Wilhelmshaven (Eingang Peterstraße 40) sich einzufinden. In diesem Kursus soll auf vielseitigen Wunsch in volkstümlicher Weise die **Pflanzenbestimmung** gelehrt werden. [1070

Rüstringer Vortragswesen.

ECHTE Waltherius Nienfong-Essenz extra starke (Destillat) 12 Fl. 60.00 Mk., bei 24 Fl. 110.00 Mk., fr. u. inkl. Zu hab. in Apotheken u. Drogerien. Herst. **Lab. E. Walther**, Halle 8. Trotha 142

Soeben eingetroffen:

Das indische Grabmal.

Roman von Thea v. Harbou.
(Der gleichnamige Film läuft gegenwärtig in den hiesigen Lichtspielen.)

Preis 20 Mark.

P. Hug & Co., Rüstringen
Peterstraße 76

Freibank Wilhelmshaven.
Fleisch-Verkauf
heute **Montag** von 5 bis 6 Uhr.
Nr. 1531—1550.

Zu verkaufen

Beoranzige. Lübbs Erben beabsichtig. ihr hierselbst, Helenenstr. Nr. 9, Ecke Lilienburgstr., gelegenes
Dreifamilien-Haus
nebst Obst- und Gemüsegarten in den nächst. Tagen öffentl. zu verkauf. Reflektant. wollen sich schon jetzt mit in Verbindung setzen. [1058
Ernst Tietjen,
Auktionator,
Gökerstraße 71.
Fernsprecher 136.

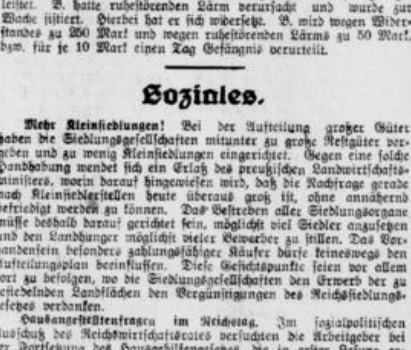
Im Stadtteil Heppens belegener
Schrebergarten
mit groß. **Schuppen** — auch als **Werkstatt** geeignet — zu verkauf.
Ernst Tietjen,
Auktionator,
Gökerstraße 71.
Fernsprecher 136.

Pfaff-Rähmaschine Nr. 34 zu verkaufen. Bremer Str. 78, 1 m.

2 Handwagen-Räder (50 cm hoch), zu verkauf. Ebenburgstr. 3, p. l.

Guterh. Sportwag. z. vk. **Harms**, Alte Str. 13.

Eleganter **Korbkinderwagen**, Stahlgem., eis. Kinderbettst. u. Sportwagen zu verk. [1033 Rüstringer Str. 30 I l.



Metallbetten Stahlmatr., Rinderbett, dir. an Priv. Kat. 55 U frei Eisenmöbel-Fabrik **Suhl i. Thür.** [9050

Zu kaufen gesucht

Gebr. Möbel kauft und verkauft stets Möbelgesch. Gerichtstr. 3

Einzelne Möbel sowie **ganze Haushalte** kaufen laufend **Carstens & Brecht** Müllerstr., Ecke Ulmenstr. Telephon 2150.

Zu vermieten

Möbl. Zimmer zu verm. Kaiserstr. 170, p. r.

Stellenangebot

Strebsamer, ordentl. Junge für das technische Laboratorium gesucht. Landwirtschaft Dr. **Teifert.** [1065] Gökerstr. 76.

Vertreter

mit ca. 1000 Mk. für neuartigen Artikel der Landwirtschaft gesucht. Offerten mit genauen Angaben an [1054
Max Hahn A.-G., Berlin SW 68.

Verschiedenes

Rohrstühle flechtet Invalide A. Kauschke, Heppenser Batterie 26

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, findet im Parkhaus unsere
Mitgl.-Versammlung
statt. Kollege Schlüter hält einen Vortrag, Thema: Gleitende Lohnskala. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. [1069
Der Vorstand.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Achtung! Vertrauensmänner! Betriebsräte und Kartelldelegierte!
Am Dienstag, den 16. Mai d. J. abends pünktlich 8 Uhr:
Versammlung
sämtlicher Funktionäre (Vertrauensmänner, Kartelldelegierte, Betriebsräte) im Werftspeisehaus, Gökerstraße. [1060
Wegen äußerst wichtiger Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen unbedingt geboten. Wer verhindert ist, muß Vertretung senden. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedbuches und der Vertrauensmännerkarte. **Der Vorstand.**

Bestellungen
die dem von meinem verstorbenen Manne langjährig geführten Geschäft zugedacht sind, bitte ich Herrn Fuhrunternehmer **G. Eilts**, Zedelinsstr. 33, Telephon 356, oder Herrn Fuhrunternehmer **F. Conrad**, Brunsstr. 5, Telephon 554, übertragen zu wollen, da selbige den größten Teil des Inventars, als Leichenwagen, Brautwagen und Landauer erworben haben. [1060
Frau Fr. Kruse Wwe.
Wir bitten, daß der Firma Kruse erwiesene Wohlwollen auf uns zu übertragen
G. Eilts, Zedelinsstraße 33.
F. Conrad, Brunsstraße 5.

Hygienische Gummiwaren kaufen Sie vorteilhaft im Wilhelm. Sanitätshaus **Gökerstraße 16.**

Gardinen wäscht und spannt
„LENA"
Motor-Waschanstalt
Gökerstrasse 39.
Fernruf 209.

Dreiräum. Wohnung (Diele frei geg. Trepp.-Reinigung) gegen Wohnung (Westwohn. mit Stall, bevorz.) zu tausch. gef. Off. u. R 1054 a. Exp.

Für die überaus zahlreichen Aufmerksamkeiten, die uns zu unserer goldenen Hochzeit zuteil wurden, danken wir herzlichst. [1061
Christian Janßen und Frau
Rüstring., Schützenstr. 19

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer silbernen Hochzeit danken [1061
G. Göltjen und Frau.

Schützenhof
Rüstringen. Karl Gerriesen.
Jeden Sonntag und Mittwoch: [748
Gemütl. Tanzkränzchen.

AD ER
Montag und folgende Tage
Die Clarissa Fürstin
Der große Operetten-Erfolg!!
Schluß der Spielzeit am 31. Mai.

Tonndeicher Hof
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Großer Ball.
Es ladet freundl. ein
H. Woldmann.

Aufforderung.
Forderungen an den am 7. April 1922 verstorbenen Invaliden **Eden Lübbs** in Rüstringen, Helenenstraße 9 sind bis 23. Mai 1922 bei mir geltend zu machen. Später eingehende Forderungen können nicht mehr berücksichtigt werden. [1067
Ernst Tietjen
Auktionator
Gökerstr. 71. Fernr. 136.

Hermine Meyer
Eduard Hoffmeister
Verlobte
Rüstringen, 13. Mai 1922

Die Verdingung unserer lieben
Olga
findet am Dienstag, den 16. d. M., nachm. 1 Uhr, vom Sterbeh., Mühlenstraße 102, aus, um 3 Uhr auf dem neuen Friedhof in Schortens statt.
Arnold Thien und Frau.

Landesbibliothek Oldenburg